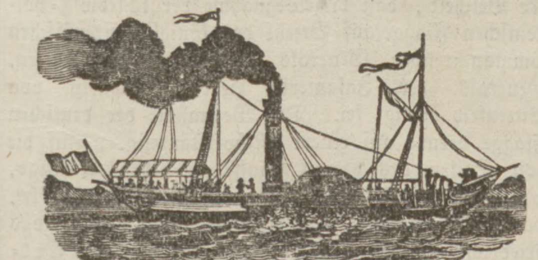
Danziger Dampfboot.

№ 77. **1865.**

Freitag, den 31. März. **36ster Jahrgang.**

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



Die verehrten Abonnenten des **Danziger Dampfboots** werden ersucht, ihre Bestellungen auf dasselbe für das Zweite Quartal 1865 rechtzeitig erneuern zu wollen. Der Abonnementspreis beträgt **hier** in der Expedition, wie **auswärts** bei jeder Kgl. Postanstalt pro Quartal **1 Thlr.** Zugleich erlauben wir uns, die Freunde und Gönner dieser **liberalen** Zeitung zu bitten, in ihren Kreisen die Aufmerksamkeit auf das **Dampfboot** freundlichst lenken zu wollen.

Die Redaction.

Telegraphische Depeschen.

München, Donnerstag 30. März.

Die Staatsregierung hat in der Kammer der Abgeordneten einen Gesetz-Entwurf vorgelegt, durch welchen die bisherige 6jährige Finanzperiode in eine 2jährige umgeändert wird. Die Vorlage wurde von der Kammer mit Beifallsbezeugungen aufgenommen.

Turin, Donnerstag 30. März.

Heute hat der Senat mit 70 gegen 34 Stimmen einen Gesetz-Entwurf angenommen, welcher die Uebereinstimmung der Gesetze über die Civilehe betrifft.

Rom, Donnerstag 30. März.

In der Allokution, welche der Papst in dem Consistorium am 27. d. M. gehalten hat, tadelt er den Kaiser Maximilian von Mexico und belobt die Bischöfe, besonders die italienischen, wegen ihres Eifers in der Vertheidigung der Kirchenfreiheit gegen die Dekrete der staatlichen Autoritäten.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

30. Sitzung am 29. März.

In der heutigen Sitzung trat das Haus nach kurzen geschäftlichen Mittheilungen sofort in die Tagesordnung, die Fortsetzung der Debatte über die Eisenbahnangelegenheiten und zwar über den Bau der Eisenbahn von Heppens nach Oldenburg.

Abg. v. Benda vertheidigt sein Amendement. In allen Wohlstandsfragen hat das Haus den Grundsatz befolgt, dieselben nicht in Zusammenhang mit dem schwebenden Conflikt zu bringen. Derselbe Grundsatz muß auch bei den Eisenbahnfragen mit der Einschränkung gelten, das Machtgebiet der Regierung nicht zu erweitern. Darum sind wir gegen jede Anleihe, meinen aber, die Eisenbahnen könneu trotz der Budgetlosigkeit aus den vorhandenen Mitteln gebaut werden. Bisher ist nirgends bewiesen worden, daß man die Eisenbahnvorlagen als politische Waffe gebrauchen müsse. Durch mein Amendement wird das finanzielle Bedürfniß vollständig gedeckt. Eine Anleihe wäre finanziell vorzuziehen, darin mag der Herr Finanz-Minister Recht haben, aber der Realwerth der daliegenden Aktien kann sich auch vermindern und dann wäre der Schaden größer als jetzt der Verlust an Zinsen. Die Regierung hat zwar nicht das Recht, aber die Macht, die Aktien anzugreifen. Außerdem steht mein Antrag im Einklang mit dem General-Bericht der Budget-Commission. Die Zustimmung des Handelsministers ist weder ein Sieg der Regierung noch eine Niederlage unserer Position.

Abg. v. Kirchmann: Ich werde mich in dieser Frage von meinen politischen Freunden bei der Abstimmung trennen, indem ich nach der gestrigen Erklärung des Herrn Handelsministers, ohne meinen Standpunkt in der Budgetfrage im Uebrigen zu verlassen, es nicht als im Interesse des Landes liegend erachten kann, diese Vorlagen abzulehnen. Redner erklärt sich für das Amendement des Abg. v. Benda.

Abg. v. Bonin: Ich muß mich gegen den Commissions-Antrag erklären und habe jetzt um so mehr Veranlassung, mich für das Amendement v. Benda zu erklären, als gestern Seitens der Staatsregierung die Zustimmung zu demselben ausgesprochen worden ist. Ich bedaure nur, daß die Staatsregierung in der Commissionssitzung sich gegen diesen Antrag ausgesprochen und kann keinen Schlüssel für dieses kleinliche Verfahren finden. Hätte die Staatsregierung sich in der Commission schon in diesem Sinne ausgesprochen, so würde die Commission von ihrem Antrage gewiß Abstand genommen haben.

Zur General-Diskussion über die Gesetzentwürfe, betreffend die Bahnen Danzig-Neufahrwasser und Berlin-Küstrin, meldet sich Niemand.

Der Referent Abg. Ziegert resumirt die Debatte und erklärt sich dahin, daß er zwar nicht als Referent, wohl aber persönlich wegen der Wichtigkeit der Bahnen nach der gestrigen Erklärung der Regierung für den Gesetzentwurf im Sinne des Benda'schen Antrages stimmen werde.

Ministerial-Commissar Reg.-Assessor Hoffmann: Der Herr Abg. v. Bonin hat das Verhalten des Commissarii des Finanz-Ministers in der Commissionsberathung, überhaupt das Verhalten der Finanzverwaltung bei diesen Eisenbahnvorlagen einer Kritik unterworfen, der ich nicht umhin kann, eine kurze Bemerkung entgegenzusetzen. Die Staats-Regierung hat, als sie die Vorlage in das hohe Haus einbrachte, für die Bahn, auf welche diese Debatte sich bezieht, eine Anleihe vorgeschlagen. Sie hat das gethan, weil sie eine Anleihe finanziell als das Richtige und Nationelle ansah. Aus diesem Grunde hat sie sich auch in den Commissionsberathungen gegen das damals eingebrachte Amendement des Herrn Abgeordneten von Benda erklären müssen; erklären müssen, weil es sich bei dem Benda'schen Amendement, mit der Regierungsvorlage verglichen, um einen Ausfall für die Staatskasse im jährlichen Betrage von etwa 70,000 Thlrn. handelte. Meine Herren! Wenn der Abg. v. Bonin es kleinlich findet, daß die Finanzverwaltung nicht leichthin jährlich auf 70,000 Thlr. verzichtet, so überlasse ich dem Herrn Abgeordneten diesen Ausdruck zu gebrauchen. Die Finanzverwaltung kann das, glaube ich, mehr gewissenhaft finden, und wäre allerdings, wenn sie anders handelte und leicht darüber hinginge, sehr leichtfertig zu nennen. Wenn die Staats-Regierung inzwischen zu einer andern Auffassung der Sache gekommen ist, so hat dies nicht darin seinen Grund, daß sie sich überzeugt hätte, das Bendasche Amendement wäre finanziell vortheilhafter als die ursprünglichen Vorschläge der Regierung; sondern die Staats-Regierung ist zu einer neueren Entschließung deshalb gekommen, weil sie sich überzeugt hat, daß die Stimmung in diesem Hause einer neuen Anleihe entgegen ist, und weil sie geglaubt hat, daß das Zustandekommen dieser Vorlagen mehr und sicherere Chancen dafür in dem Lande gewinne, wenn sie sich mit dem Bendaschen Amendement einverstanden erkläre. Meine Herren! Die Staatsregierung hat diese Erklärung gestern durch den Mund des Hrn. Handelsministers abgegeben, weil sie im Interesse des Landes dringend wünscht, daß die Eisenbahnen zu Stande kommen, und dieser Wunsch ist ihr so viel werth, daß sie geglaubt hat, in diesem Interesse selbst über einen finanziellen Ausfall wegsehen zu müssen. Das sind die Gründe gewesen, welche die Staats-Regierung zu der Einnahme einer veränderten Stellung in dieser Frage bestimmt haben.

Das Haus schreitet nunmehr nach persönlichen Bemerkungen zur Special-Diskussion über die Gesetzentwürfe betreffend die Bahnen Danzig-Neufahrwasser und Berlin-Cüstrin und da sich Niemand zum Wort meldet, zur definitiven Abstimmung. Bei derselben werden die Gesetzentwürfe betreffend den Bau von Eisenbahnen a) von Danzig nach Neufahrwasser, b) von Heppens nach Oldenburg und die Anschaffung der zur Bestreitung der Kosten des Grunderwerbs für die Berliner-Cüstriner Eisenbahn erforderlichen Geldmittel im Sinne des Amendements v. Benda, sowie das Schluß-Protokoll und der Staatsvertrag zwischen Preußen und Oldenburg wegen weiterer Entwicklung der durch den Kriegshafen-Vertrag vom 20. Juli 1853 begründeten Verhältnisse vom 16. Februar 1864 nach dem Antrage des Abg. André und Genossen angenommen. Von den Mitgliedern der Fortschrittspartei stimmen u. A. gegen den Commissionsantrag und für die Annahme: die Abgeordneten v. Kirchmann, Röpell, Prince-Smith, die Polen, fast sämmtliche Mitglieder des linken Centrums und alle Mitglieder der Katholiken und der Conservativen.

Das Haus schreitet zum dritten Gegenstand der Tagesordnung, dem Bericht der Kommission über den Gesetzentwurf betreffend die Gewährung einer Zinsgarantie von 4 Prozent für das Anlagekapital einer Eisenbahn von Trier durch die Eifel nach Call.

Abg. v. Beughem spricht gegen den Kommissionsantrag, macht aber die Regierung darauf aufmerksam, wie nothwendig es sei, auch die rechtsrheinischen Eisenbahnen nach Möglichkeit zu erweitern.

Der Regierungs-Kommissar des Handelsministers erwidert, daß die Regierung seither bemüht gewesen sei, die Erweiterung der Schienenwege auf dem rechten Rheinufer zu erzielen, daß sie bis jetzt zwar noch keine Erfolge erreicht habe, jedoch hoffe, daß ihr dies noch gelingen werde.

Der Handelsminister fügt noch hinzu, daß die Staatsregierung das Bestreben nach Erweiterungen der Schienenwege stets gezeigt und auch hierin in Zukunft fortfahren werde.

Abg. Waldeck spricht gegen den Gesetzentwurf. Die Gründe des Amendements von Benda liegen hier nicht vor. Wer für die Gewährung der Zinsgarantie stimmt, verläßt den bisherigen Budgetstandpunkt. Es kann sehr wohl der Fall eintreten, das die Rheinische Bahn nicht im Stande ist, die Zinsen zu zahlen, Graf Schwerin war es, der in der ersten Sitzung das rechte Wort aussprach und sofort die Genehmigung der Eisenbahnvorlagen von der Hand wies. Jetzt ist dieser Standpunkt verlassen. Eine gefährliche Krankheit des politischen Lebens scheint sich hier Bahn zu brechen, ich meine den Gothaismus. Wer nicht materielle Interessen zu opfern bereit ist, der, meine Herren, hat sich vom politischen Kampfplatz zurückzuziehen. Wir können, wir werden nie unsere Einwilligung zu diesem Gesetzentwurf geben.

Abg. Ziegert spricht für den Gesetzentwurf. Der Bau der Bahn ist im Interesse des Landes geboten, ihn wegen des Conflictes zu hindern, wäre gegen das Interesse des Landes. Die Bahn ist sowohl in strategischer Beziehung von großer Wichtigkeit, als auch im Interesse des Handels, der Landwirthschaft und der Gewerbe, namentlich der Berg- nnd Hüttenmännischen Gewerbe geboten.

Abg. Dahlmann spricht gegen den Gesetzentwurf Trotzdem ich von der Nothwendigkeit dieser Bahn überzeugt bin, muß ich mich gegen diesen Gesetzentwurf aussprechen, weil ich nicht zugeben kann, daß das schon bestehende Monopol der rheinischen Eisenbahngesellschaft noch erweitert werde.

Abg. Hammacher empfiehlt die Commissions-Anträge und nimmt die rheinische Eisenbahngesellschaft in Schutz.

Abg. Schulze (Berlin). Es scheint mir, daß die Regierung die Garantie nur zu einem Mittel benutzt, um das budgetlose Regiment fortsetzen zu können. Hier ist unser noch unbestrittener Standpunkt, den wir unbeirrt festhalten müssen, die Bewilligung von Steuern und Garantien. Wenn manche der Herren deshalb für die Gesetzentwürfe stimmen, weil sie meinen, daß das Volk uns und unsere Motive nicht verstehen werde, so muß ich doch sagen, daß wir unser Volk besser beurtheilen und für politisch reifer halten. Verweigern Sie die Bewilligung, dann rufen Sie in dem Volke das Bewußtsein hervor, daß das budgetlose Regiment nicht allein das Hinhalten seiner Rechte, sondern auch die Lahmlegung aller materiellen Interessen ist; haben Sie erst das Bewußtsein im Volke hervorgerufen, so werden Sie auch bald Ihr Budgetrecht erhalten. Denn die Regierung muß dann dem Druck weichen.

Abg. Faucher: Durch Ablehnung der Garantie sehe ich die materiellen Interessen des Landes eher gefördert, als geschädigt, denn wir locken 11 Millionen von allen übrigen Theilen des Landes hinweg, um sie nach einem Landestheile zu führen, wo bald die Garantien in definitive Geldausgaben sich verwandeln werden. Wir haben an vielen anderen Theilen des Landes Eisenbahnbauten nöthiger als dort an der Eifel und darum müssen wir die Garantien des Staates verwerfen, um unser Geld für bessere Zwecke zu sparen.

Die Diskussion ist geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen. Dann erhält das Wort der Referent Abg. Becker (Dortmund): Der Vorwurf, welchen Waldeck und Schulze gegen die Commission erhoben, ist durch den gestrigen Beschluß des Hauses, die Ablehnung des Michaelisschen Antrages, schon widerlegt. Der Gesetz-Entwurf hat schon im vorigen Jahre der Commission zur Berathung vorgelegen und ist damals genehmigt worden. Wollen Sie ein Princip handhaben, so müssen Sie es auch mit Consequenz handhaben; dann hätten Sie aber auch alle Finanzvorlagen von Anfang von dem Gesetz über die trockenen Rüben an bis jetzt consequent ablehnen müssen; hätten Sie das gethan, dann würde ich auch jetzt zur Verwerfung des Gesetzentwurfes rathen. Die Bahn ist im Interesse des Landes nothwendig, denn sie vervollständigt das einmal angelegte Netz an seinen wesentlichsten Punkten. Die Holländische Bahn an der Preußischen Grenze nach Luxemburg wird unseren Preußischen Bahnen den Verkehr entziehen, wenn wir die in Rede stehende Eisenbahn von Trier nach Call nicht bauen.

Das Haus geht zur Special-Diskussion über den mit der Rheinischen Eisenbahngesellschaft unter dem 3. Februar 1863 abgeschlossenen Vertrage über. Das Haus nimmt den Gesetzentwurf eventuell und alsdann den amendirten Vertrag nebst Gesetzentwurf definitiv unter Hinzufügung der von der Kommission empfohlenen, oben mitgetheilten Resolutionen an. Ebenso sind die auf das Monopol der Rheinischen Eisenbahn gerichteten Petitionen der Regierung damit überwiesen.

Das Haus geht zum 4. Gegenstande der Tagesordnung über, dem Berichte der vereinigten Kommissionen betreffend: Gewährung einer Beihülfe des Staats an die Tilsit-Insterburger Eisenbahn-Gesellschaft, so wie an die zur Herstellung einer Eisenbahn von Pillau über Königsberg, Bartenstein, Rastenburg und Lötzen nach Lyck konzessionirte Ostpreußische Südbahn-Gesellschaft. Die vereinigten Kommissionen 2c. beantragen: „Das Haus wolle beschließen: 1) in die Berathung des Gesetzentwurfes einzutreten und mit dem Inhalte desselben sich einverstanden zu erklären; 2) die definitive Beschlußfassung erst dann eintreten zu lassen, wenn zuvörderst die Budget-Kommission die Vorlage vorberathen haben wird; 3) zu diesem Behufe die Vorlage zunächst der Budget-Kommission zu überweisen."

Abg. v. Benda bringt einen Abänderungsvorschlag ein, der die Annahme der Regierungsvorlage bezweckt. Er spricht für seinen Antrag und bekämpft den der Kommission, der mit einer gewissen „Uebereilung und Verwirrung" gefaßt sei. Gegen diese Insinuation wenden sich der Vorsitzende der Kommission v. Bonin (Genthin) und die Mitglieder derselben Gr. Schwerin und v. Unruh.

Abg. Dr. Virchow: Diejenigen, welche den Benda'schen Antrag annehmen wollen, werden damit nichts Anderes thun, als daß sie es der Regierung möglich machen, alle zu neuen Ausgaben erforderlichen Summen, die sie ohne Zustandekommen eines Budgetgesetzes nicht erhalten können, durch Einbringung irgend eines extraordinairen Gesetzes doch bewilligt zu erhalten.

Abg. v. Blankenburg: Aus den Aeußerungen des Vorredners scheint hervorzugehen, daß er selber es nicht für verfassungswidrig hält, wenn die Regierung ohne Etat solche neue Ausgaben leistet. Uebrigens habe ich mich gefreut, daß es auf jener Seite des Hauses doch sehr angesehene Fortschrittsmänner giebt, welche lieber auf der Eisenbahn fahren, als ein Prinzip reiten.

Abg. Graf Schwerin: Durch die Annahme des Benda'schen Antrages konstatiren wir nur die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit der Regierungs-Vorlage und es bleibt allen, die dafür stimmen, noch immer überlassen, bei der Beschlußfassung über den Etat aus finanziellen Gründen sich dagegen zu erklären.

Abg. Schulze (Berlin.): Ich kann mich dem Abg. Virchow nur vollständig anschließen. Sie (zur Fraction des linken Centrums gewendet) machen mit der Annahme des Benda'schen Antrages unseren so lange geführten Kampf um das Budgetrecht vollständig wirkungslos, und ich kann es den Herrn Konservativen nicht verdenken, wenn sie sich darüber mit einem gewissen Triumph äußern. In unserem Interesse und in dem des Landes kann ich das nur tief bedauern.

Nach einer Reihe von Bemerkungen wird der Schluß der Diskussion vom Hause genehmigt.

Nach dem Schlußreferat des Abg. Hoffmann (Ohlau) wird zur Spezial-Diskussion und Beschlußfassung geschritten. Das Haus erklärt sich für eventuelle Annahme der einzelnen Paragraphen der Vorlage. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Berlin, Donnerstag 30. März. Die Militär-Commission hat in ihrer heutigen Sitzung mit 11 gegen 8 Stimmen das Amendement v. Stavenhagen (welches die Fixirung des Präsenzstandes der Armee auf 180,000 Mann beantragt) abgelehnt.

Kiel, 25. März. Am gestrigen Jahrestage der Erhebung von 1848 war die Stadt mit zahlreichen schleswig-holsteinschen Fahnen geschmückt. Ueber einen vielbesprochenen Zwischenfall meldet die „Kieler Ztg.": „Der hiesige Kaufmann (zugleich Vorstandsmitglied des Kampfgenossenvereins) Herr Hauffe hatte vor seiner in der Vorstadt belegenen Wohnung zur Feier des gestrigen Festtages zwei Flaggen ausgehängt: eine deutsche mit der Devise „Einigkeit" versehen und eine schleswig-holsteinsche mit der Inschrift: Friedrich VIII. Herzog zu Schleswig-Holstein. Diese Flaggen waren seit dem 29. Dec. 1863 bei allen patriotischen Festen und Gedenktagen als Schmuck des Hauses gebraucht worden, ohne irgendwie Anstoß zu erregen. Im Laufe des gestrigen Tages fand sich im Hause des Herrn Hauffe ein Polizeidiener ein und wünschte Herrn Hauffe dringend zu sprechen. Als ihm der Bescheid geworden, daß derselbe abwesend sei, (Herr Hauffe war in Abordnung des Kampfgenossenvereins nach Preetz gereist) entfernte sich der Polizeibeamte; kehrte jedoch nach einiger Zeit mit der Weisung zurück, beide Flaggen sofort zu entfernen, widrigenfalls militärische Exekution erfolgen werde. Die Flaggen wurden auf Anordnung der Frau Hauffe hierauf entfernt. Auf die von Herrn Hauffe bei dem hiesigen Polizei-Amt heute persönlich angebrachte Beschwerde ward demselben der Bescheid, daß die Wegnahme der schleswig-holsteinschen Flagge auf Befehl des königlich preußischen kommandirenden Generals in den Herzogthümern, Generals der Infanterie Herrn Herwarth von Bittenfeld erfolgt sei. Die Wegnahme der deutschen Flagge beruhe auf einem Mißverständniß. Auf die von Seiten des Herrn Hauffe geschehene Anfrage, was denn die Ursache des genommenen Anstoßes sei, ward ihm entgegnet, daß die Bezeichnung des Herzogs Friedrich als des VIII. der Entscheidung der Erbfolgefrage vorgreife. Als Herr Hauffe ferner die Frage stellte, ob es ihm gestattet sein werde, dieselbe Flagge nur mit dem Namen des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein versehen (ohne die anstößige VIII) auszuhängen, ward bemerkt, daß dann jedenfalls die Hinzufügung der Bezeichnung Sonderburg-Augustenburg erforderlich sei, übrigens müsse die Behörde eine Entscheidung in dieser Beziehung sich vorbehalten. So der thatsächliche Hergang."

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 31. März.

[Stadtverordneten-Sitzung am 28. März.]

(Schluß.)

Der Herr Oberbürgermeister, welcher hierauf das Wort ergreift, sagt, er erkenne es dankbar an, daß Herr Geh. Rath Jebens nur aus dem Grunde gegen das Project gesprochen, weil ihm die Ausführbarkeit desselben in gegenwärtiger Zeit aus finanziellen Gründen noch nicht empfehlenswerth erscheine. Er, der Redner, freue sich, daß wir so weit gekommen, aus finanziellen Gründen auf dergleichen Bedenken kein Gewicht legen zu brauchen. Es sei nach schweren Kämpfen und in einer noch trüben Zeit geschaffen worden, aber es sei ein monumentales Denkmal von hohen Bürgertugenden und erhabenem Bürgerstolz: das große Monument in seiner alten Schönheit wieder herzustellen: das sei das Hauptmoment des Antrags. So lange das nicht geschehen, laste ein steter Vorwurf auf den Nachkommen seiner Erbauer. Alle Welt sei verwundert über das Monument, welches in einer großen Zeit geschaffen. Es sei ein Scandal, es in dieser Weise verkommen zu lassen. In dem Zimmer der Kämmereikasse sei grausam gewirthschaftet, die alte Schönheit mit wahrer Barbarei verwüstet worden: — Solches Monument wie das Rathhaus würdig zu erhalten: dadurch ehre sich die Bürgschaft selber, darin müsse sie ihren Stolz suchen. Ständen die städtischen Finanzen schlecht, müßte wegen des beantragten Umbaues irgend eine einzige andere nothwendige Angelegenheit zurückbleiben: dann möchten Bedenken zu erheben sein. Dies sei aber nicht der Fall. Die Lage der Finanzen sei eine gute, so daß die Commune im Stande sei, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der beabsichtigte Umbau würde in der That ihre Kräfte nicht übersteigen. Es sei um so mehr Grund vorhanden, die nöthige Summe für denselben zu bewilligen, als so lange Zeit für diesen Zweck keine Gelder verwendet worden sei. Abgesehen von der Nothwendigkeit, welche in Betreff der Wiederherstellung und Erhaltung der architectonischen Schönheit geboten sei, müßten auch die Anforderungen des Dienstes in Betracht gezogen werden. Was ihn, den Redner, selber anbelange; so würde er gerne auf den Comfort eines Arbeitszimmers im Rathhause verzichten. Außer dem Comfort aber müsse man an die Bedingungen für die Gesundheit denken, und diese könnten nicht unberücksichtigt bleiben. — Gegenwärtig sei er gezwungen, bald in diesem bald in jenem Zimmer zu arbeiten. Das könne der Gesundheit nicht zuträglich sein. — Nicht aber nur die Rücksicht auf die Gesundheit, sondern auch die amtliche Stellung des Oberbürgermeisters verlange es, daß er für seine Thätigkeit im Rathhause ein eigenes passendes Zimmer habe, um in demselben seine Sprechstunden halten zu können. Der Oberbürgermeister einer großen Stadt sei kein Privatmann, der es mit seiner äußeren Repräsentation nicht immer so genau zu nehmen brauche. Das ganze Project des Umbaues sei ein wohl überlegter. Die Herren in der Baudeputation verdienten den wärmsten Dank dafür, daß sie dasselbe mit so vieler Liebe und Sorgfalt behandelt. Was die Heizung mit warmem Wasser anbelange, so empfehle diese sich schon durch den Umstand, daß durch sie die Oefen aus den schönen Sälen entfernt würden, so daß deren Architectonik von einem störenden Beiwerk befreit werde. Man möge nur bedenken, wie der rothe Saal durch einen Ofen verunstaltet werden müsse. — Ueberdies seien aber auch schon die practischen Vorzüge der Warmwasserheizung vor der Feuerheizung so evident festgestellt, daß es keinem Zweifel unterliegen könne, dieselbe, wo es nur irgend möglich, anzuwenden. In Berlin wende man dieselbe in allen öffentlichen Gebäuden an, sogar in den Elementarschulen (Communalschulen). — Herr Heckmann in Berlin, der für die Ausführung des in Rede stehenden Projects bereits gewonnen sei, habe bei seinen Arbeiten in Berlin gezeigt, welche Vortheile die Warmwasserheizung biete. Wenn man die Zinsen des Anlage-Kapitals und die laufenden Kosten in Betracht ziehe, so würde man erkennen, daß sie billiger zu stehen komme, als die Ofenheizung. — Der Herr Redner unterstützt seine Behauptung durch einen Zahlenbeweis. — Herr J. C. Krüger, der hierauf das Wort ergreift, sagt, die Nützlichkeit und Nothwendigkeit des Umbaues, welche der Herr Oberbürgermeister auseinandergesetzt habe, würde wohl Jeder anerkennen. Es sei aber zu wünschen, daß vor der Bewilligung der verlangten Bausumme ein Special-Etat vorgelegt werde. Diese Summe sei in der Vorlage auf etwa 30,000 Thlr. angegeben. Es sei jedoch mit Sicherheit anzunehmen, daß 30,000 Thlr. nicht ausreichen würden. Es könnten sogar 50,000 Thlr. nöthig werden. Denn es sei eine alte Erfahrung, daß bei Umbauten und namentlich bei großen, viele Zufälligkeiten, die sich vorher gar nicht berechnen ließen, den ursprünglichen Plan störten. Daß der Plan des Umbaues, wie der Herr Oberbürgermeister gesagt, mit großer Sorgfalt und Umsicht ausgearbeitet worden sei, daran zweifele er, Redner, nicht im Geringsten. Die Abwendung von Zufälligkeiten liege aber in keines Menschen Macht, und deßhalb könne Niemand die Annahme, daß eine höhere Summe, als die veranschlagte, nöthig werden würde, als eine in sich haltlose zurückweisen. Doch auch für die höhere Summe würde er, Redner, stimmen, wenn ihm nachgewiesen werden könne, daß die Möglichkeit vorhanden, sie zu geben, ohne eine Anleihe zu machen oder ohne die Mitbürger mit neuen Steuern zu belasten. Darum sei es nöthig zu warten, bis der Etat pro 1865 vorgelegt worden sei. Der Herr Oberbürgermeister entgegnet, der Plan sei in der Weise entworfen und festgestellt, daß zu seiner Ausführung weder eine Anleihe, noch eine höhere Steuerbelastung der Mitbürger nöthig sei. Die Commune habe den Prozeß gegen den Fiscus, dessen Object 32,000 Thlr. betrage, bereits in 2 Instanzen gewonnen und werde ihn gewiß auch in der dritten Instanz gewinnen. Im weiteren Verlauf seiner Entgegnung bemerkt der Herr Oberbürgermeister, daß er Hrn. J. C. Krüger gebeten, sich mit dem Umbauplan genau bekannt zu machen, um sich auf Grund einer genauen Information desselben ein Urtheil für seine Abstimmung zu bilden. Ihm, dem Redner, würde es zur großen Freude gereicht haben, mit Herrn J. C. Krüger den Plan speciell durchzugehen. Herr J. C. Krüger habe ihm aber diese Freude nicht bereitet. — Wenn der Umbau noch in diesem Jahre zu Stande kommen solle, so müsse ein schneller Entschluß gefaßt werden. Daß die Kosten desselben die in dem Plan veranschlagten um ein Drittel übersteigen möchten, sei ein Irrthum. Es könne die Versicherung gegeben werden, daß jeder Ziegelstein mit der größten Sorgfalt berechnet worden. Man möge also durch eine unnöthige Besorgniß die Angelegenheit nicht verzögern. Herr Devrient bittet die Versammlung, die Angelegenheit nicht vertagen zu wollen. Denn was man über den Stand derselben in 14 Tagen oder später zu wissen hoffe, könne man auch schon heute wissen. Herr Pretzell sagt, daß die Bürger Danzig's es ihrem Rathhause schuldig seien, es auszubauen und seiner architectonischen Würde Rechnung zu tragen. Die Städte Cöln und Breslau seien mit einem guten Beispiel vorangegangen. Der Stadt Danzig fehle es durchaus nicht an Geldmitteln, demselben zu folgen. Herr Piwko spricht gegen die Vertagung. Die Nützlichkeit und Nothwendigkeit des Umbaues sei von allen Seiten anerkannt worden. Unter diesen Verhältnissen sei es in der That nicht einzusehen, weßhalb die Ausführung des Projects auf die lange Bank geschoben werden solle. Die Bürgerschaft Danzigs sei unabweisbar verpflichtet, den Spitzen ihrer Communalbehörden einen Raum für ihre amtliche Thätigkeit zu schaffen, welche den Bedingungen der Gesundheit und der Würde ihrer amtlichen Stellung entspreche. — Früher sei ein solches Bedürfniß allerdings nicht da gewesen. Denn man habe nicht da, wo es hätte sein sollen, sondern in der Concordia beim Dominospiel gearbeitet und den Pflichten des Amtes obgelegen. Das sei jetzt zum Heile der Vaterstadt anders. Hr. F. W. Krüger spricht gegen die auf Vertagung zielende Ansicht des Hrn. J. C. Krüger. Die Angelegenheit, um welche es sich handele, sagt er, sei nicht eine unbekannte. Jeder Einzelne habe über sie gesprochen, und wer aus der Versammlung seine Augen nicht absichtlich verschlossen, müsse sie so weit kennen, um im Stande zu sein, sich ein Urtheil zu bilden. Die Gelegenheit, sich mit ihr auf das Gründlichste vertraut zu machen, sei Jedem geboten gewesen. Die Unbenutzung derselben sei Schuld des Betreffenden. Herr J. C. Krüger suche jedenfalls die Absicht der Verneinung in das Gewand der Vertagung zu hüllen. Herr Biber, der hierauf das Wort ergreift, weist darauf hin, daß durch den mitgetheilten Final-Abschluß der Kämmerei-Haupt-Kasse jedes Bedenken in finanzieller Rücksicht beseitigt worden sei. Die Baudeputation habe den Plan in allen Details berathen. In der Vertagung sei kein Heil zu sehen. Sei man gesonnen, gegen den Plan zu stimmen, so sei dagegen allerdings nichts weiter zu sagen. Hr. Stattmiller beantragt, die Angelegenheit auf 8 Tage zu vertagen. Denn der Plan habe in der That erst seit dem vorigen Sonnabend ausgelegen, und es sei deßhalb auch wohl möglich, daß sich nicht Jeder aus der Versammlung mit demselben in der gehörigen Weise vertraut gemacht. Solchen, bei denen dies der Fall gewesen, müsse doch auf Rechnung getragen werden. Hierauf ergreift Hr. J. C. Krüger wieder das Wort. Er wolle, sagt er, nur constatiren, daß Herr Oberbürgermeister von Winter ihn eingeladen, von dem Plan des Umbaues genaue Kenntniß zu nehmen. Daß er der Einladung nicht Folge geleistet, sei aber keinem bösen Willen von seiner Seite zuzuschreiben. Die Verhältnisse hätten es nicht gestattet. Herr F. W. Krüger hätte ihn schwer angegriffen, ohne ein Beweismittel für das Recht des schweren Angriffs in den Händen zu haben. Herr F. W. Krüger habe gesagt, daß er, Redner, seine eigentliche Absicht zu verhüllen, also sich der Hinterlist zu bedienen gesucht habe. Er, Redner, wisse nicht daß er

sich schon jemals dergleichen schuldig gemacht. Seine ganze Vergangenheit würde in den Augen eines jeden vorurtheilsfreien Mannes Zeugniß für ihn ablegen. Wenn er den gegen seine eigene Person gerichteten ganz unbegründeten Angriff schon sehr beklage, so müsse er den von einer anderen Seite erhobenen Angriff gegen Personen, die nicht anwesend seien, um sich vertheidigen zu können, noch tiefer beklagen, zumal man nicht den Beweis dafür geliefert, daß die früheren Spitzen unserer Communalbehörden ihre Entwürfe und Pläne für das Wohl der Stadt nur beim Domino-Spiel in der Concordia gefaßt. Was nun aber den Irrthum anbelange, den ihm, dem Redner, der Herr Oberbürgermeister vorgeworfen, so finde dieser Vorwurf in den alltäglichen Erfahrungen seine Kritik. Ein so practischer Mann, wie Hr. Zimmermeister Gelb, hatte ihm, dem Redner, erst vor Kurzem mitgetheilt, daß er sich in Betreff der Kosten eines Umbaues gewaltig verrechnet. — Der Herr Vorsitzende entgegnet auf die von Hrn. J. C. Krüger erhobene Beschwerde, daß er sich durch die Aeußerung des Hrn. F. W. Krüger beleidigt fühle, dieser habe so leise gesprochen, daß seine Worte nicht durch den ganzen Saal zu verstehen gewesen. Hätte er, der Vorsitzende, irgend welche beleidigende Aeußerung deutlich gehört, so würde er es nicht an dem, zur Sache gehörenden Ordnungsruf habe fehlen lassen. Nachdem Herr Geh. Rath Jebens und der Herr Oberbürgermeister von Winter noch das Wort gehabt, wendet sich Hr. H. Behrend gegen den Antrag auf Vertagung. Denn unter Berufung auf eine solche, agitire man in der That gegen den Magistrats-Antrag. Man möge doch mit frischem fröhlichem Gemüth den Entschluß fassen, den als einen zeitgemäßen und nothwendigen erkannt zu haben, Niemand läugne. — Es wird hierauf der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Da derselbe von 5 Mitgliedern der Versammlung unterstützt wird, so muß denn auch derselbe acceptirt werden. Bei der Abstimmung gelangt Hrn. Stattmiller's Antrag, auf eine Vertagung von 8 Tagen lautend, zur Annahme.

— Das Ostseegeschwader der preußischen Flotte, welches während des letzten Krieges gebildet war, wird, wie die „Prov. Korr." meldet, in Folge Befehls Sr. Majestät des Königs, jetzt aufgelöst. Der bisherige Chef desselben, Contreadmiral Jachmann, ist zum Chef der Marinestation der Ostsee ernannt. Im Hafen von Kiel soll ein Wachtschiff mit dem Commandozeichen des Stationschefs stationiren; zunächst ist dazu Sr. Majestät Korvette „Arcona" bestimmt. Die Korvetten „Gazelle", „Augusta", „Victoria" und der Aviso „Preuß. Adler" gehen nach Danzig, die Fregatte „Gefion" wird als Artillerieschiff seine Uebungen bei Kiel abhalten, der Aviso „Loreley" geht zu Vermessungsarbeiten nach der Nordsee.

§§ Von der hiesigen Bevölkerung, welche sich, wie wir in No. 64 bereits mittheilten, auf 78,131 Civil- und 7191 Militair- zusammen auf 85,322 Personen beläuft, gehören: zur evangel. Gemeinde 54,288 Personen, darunter 28 Taubstumme; zur kathol. Gem. 19,298, darunter 9 Taubstumme; zur Mennoniten-Gem. 482; zur Dissidenten-Gem. 1122; zur christkathol. Gem. 1; Juden 2939; darunter 5 Taubstumme, 1 Türke.

— Eine Uebersicht über die Verbesserung der Elementarlehrerbesoldungen, welche die Amtsblätter enthalten, entnehmen wir, daß in den zwölf Jahren von 1852 bis 1863 in der Provinz Preußen für diesen Zweck circa 93,000 Thlr. ausgegeben wurden und zwar 82,139 Thaler aus Mitteln der Gemeinden und 10,791 Thlr. aus Mitteln des Staates und Stiftungen. Durchschnittlich haben die Gemeinden also 4000 Thlr. jährlich, der Staat etwa 900 Thlr. jährlich dafür verwendet. Erwägt man, daß sich in diesem Mehraufwand auch Besoldungen für neu angestellte Lehrkräfte befinden, und daß diese Besoldungen wohl den größten Theil der Summe in Anspruch nehmen, erwägt man ferner die Größe unserer Provinz und die Zahl der darin befindlichen Schulen, so ergiebt sich, daß die Gehaltsverbesserung für den einzelnen Lehrer durchschnittlich klein genug sein muß.

— Die Stadtverordneten waren heute Mittags im Weißen Saale des Rathhauses versammelt, um die von Herrn Stadt-Baurath Licht vorgelegten Pläne, betreffs des Umbaues des Rathhauses, näher in Augenschein nehmen zu können.

+ Laut eingegangenen Depeschen ist das Eis im Sunde im Treiben.

§§ Heute Vormittag rettete der einjährige Freiwillige Grisch durch sein kühnes Schwimmen mit Gefahr seines eigenen Lebens bei dem starken Strom, einen Knaben von 10 Jahren, welcher dem Ertrinken nahe war. Der Knabe war, spielend auf dem Eise an der Petershagener Brücke, in die Radaune hineingefallen.

‡ Dem Restaurateur S. in der Breitgasse ist am 29. d. M. eine hölzerne Wanne entwendet; dieselbe indeß bald darauf bei einer Trödlerin in der Häkergasse vorgefunden, welche behauptete, die Wanne soeben von einem Knaben gekauft zu haben.

‡ Als vorgestern Abends eine Familie mit ihrem Wirthschaftsgeräthe umzog und eben im Begriff war, ein Bündel Betten, in welches zwei werthvolle Tücher eingelegt waren, von der Straße in die neue Wohnung zu tragen, wurden die beiden Tücher gestohlen. Der Thäter ist bis jetzt nicht ermittelt.

‡ Die bereits bestraften und noch in dem jugendlichen Alter von ca. 15 Jahren stehenden Knaben Porsch, Nowitzki und Dreyer haben gestern von einem Hofraum in der Seifengasse eine Quantität Lumpen entwendet.

‡ Den unausgesetzten Bemühungen der hiesigen Polizeibehörde ist es zu danken, daß es gelungen, diejenigen Personen gestern zu ermitteln, welche Ausgang des vorigen Monats an dem Schiffe „Henriette" am Holm, einen gewaltsamen Diebstahl verübt haben. Gleichzeitig sind bei den Dieben der größte Theil der gestohlenen Gegenstände gefunden worden und beläuft sich die Zahl der bei dem Diebstahl resp. Hehlerei betheiligten Personen auf 5, die meistentheils schon öfters bestrafte Subjekte sind.

‡ Vorgestern Abend sind dem Arbeiter Lohrer und dem Böttchergesellen Reimer aus dem Hausraum ihrer Wohnung, gr. Schwalbengasse 2, eine Menge Leinenzeug und Kleidungsstücke vermittelst Einschleichens entwendet worden.

‡ Dem Dienstmädchen Julie Neubauer hierselbst sind gestern Vormittags aus ihrem unverschlossenen Kleiderschrank mehrere Kleidungsstücke — unter Anderen ein Doublestoff-Mantel zum Werthe von 15 Thlr., entwendet worden.

‡ Vor einigen Tagen sind auf der über Lastadie führenden Straße 4 Bohlstücke von ca. 8 Fuß Länge herrenlos vorgefunden. Das Holz war an den Zaun des Grundstücks Lastadie 33 angelehnt, ist anscheinend gestohlen und vorläufig auf dem Hofraum des Maurermstr. Pasdach untergebracht worden.

‡ Zwei Observaten stahlen gestern im Stadtgebiet ein zum Trocknen ausgehängtes blauwollenes Hemde. Die Diebe, welche nach der Eisenbahn die Flucht ergriffen hatten, wurden verfolgt und festgenommen.

§§ Heute Vormittag wurde auf dem Heumarkte der Knecht Retowski aus Schwabenthal von seinem eignen Fuhrwerk, auf welchem er stehend kutschirte, zur Erde geworfen und übergefahren. Derselbe hat dadurch eine bedeutende Verletzung am Kopfe zugezogen, so daß seine Aufnahme in's Lazareth sogleich nothwendig war.

§§ Gestern Nachmittag fingen drei Arbeiter an der rothen Brücke beim Gastwirth Rahnenführer eine hartnäckige Schlägerei unter sich an und als der Wirth sie zur Ruhe und aus dem Hause bringen wollte, schlugen sie auch auf den Wirth, dessen Frau und Schwiegersohn los. Endlich gelang es der Umsicht zweier herbeigerufener Polizeibeamten, die drei brutalen Leute ins Polizeigewahrsam abzuführen.

Stadt-Theater.

Das Gastspiel der Frau Tuczek-Herrenburger übt fortwährend eine große Anziehungskraft auf das Theater-Publikum aus. Am vorigen Sonnabend hatte die Direction im Theater ein Concert veranstaltet, in welchem unser verehrter Gast namentlich mit dem seelenvollen Vortrage der herrlichen Schumann'schen Lieder: „Frauen-Liebe und Leben" den jubelnden Beifall des Publikums erwarb. Auch unsere heimischen Künstler und Künstlerinnen stellten sich der Meisterin würdig zur Seite und erhielten gleichen Beifall. Am Sonntag sahen wir Frau Tuczek-Herrenburger als „Frau Fluth" in Nikolai's „Lustigen Weibern." Die Partie wurde von der Künstlerin mit einem so ausgezeichneten Humor und mit einer so vollendeten gesanglichen Virtuosität durchgeführt, daß jeder Scene die stürmischsten Beifallsbezeugungen folgten. Grade mit dieser Partie dürfte Frau T. noch die bedeutendsten Erfolge erzielen. Gestern wurde mit unserm Gaste in der Titelrolle Flotow's Oper: „Martha" aufgeführt. Wir halten die Oper für einen längst überwundenen Standpunkt und die geringen Erfolge, die sie bei den bisherigen Aufführungen gehabt, haben unsere Ansicht bestätigt, doch können wir nicht läugnen, daß dieselbe, wenn sie von einer solchen „Martha" getragen wird, noch ihre großen Reize hat. War die Wahl somit auch nicht eine glückliche, so war der Kassenerfolg doch noch ein guter und die Künstlerin erhielt neue Beweise der wärmsten Sympathien, die sie sich durch ihr gegenwärtiges Gastspiel theils erworben, theils aber auch aufgefrischt hat. Wir bedauern, daß sie dasselbe mit dem heutigen Auftreten als „Susanne" beschließen wird und rufen ihr schon jetzt ein herzliches Lebewohl zu, verbinden aber damit die Bitte: „Auf Wiedersehen!"

**

Der Polenprozeß.

Berlin, 29. März.

In der gestrigen und heutigen Sitzung des Staatsgerichtshofes wurde das Verhör der Angeklagten fortgesetzt. Rittergutsbesitzer Ad. v. Laczynski ist bekanntlich angeklagt, mit dem in erster Serie angeklagten, doch freigesprochenen Ad. v. Koczorowski Vorstand des Comité der weißen Partei gewesen zu sein. Er hat sich, wie er mittheilte, bereits am Aufstande des Jahres 1831 betheiligt und dafür eine dreijährige Strafe in Sibirien verbüßt. Er bestritt die Existenz eines solchen Comités; er erklärte, daß er sein Leben und Vermögen hingegeben haben würde, um das Geschehene umgeschehen zu machen. Seine Special-Vernehmung nahm fast die ganze Sitzung in Anspruch. Ferner wurde vernommen der Rittergutsbesitzer Johann v. Arndt auf Dobieszewice, der ebenfalls der Laczynskischen Organisation angehört haben soll. Er stellte dies in Abrede. Heute wurde vernommen der frühere Abg. Lieutenant a. D. W. v. Bentkowski aus Posen. Der Angkl. ist aus dem Abgeordnetenhause nach Congreßpolen gegangen und bei Langiewicz als Stabschef eingetreten. In Oesterreich verhaftet, ist er wegen dieser Theilnahme am Aufstande, den er auf österreichisches Gebiet übergeleitet, zu einjähriger Kerkerhaft verurtheilt worden, welche Strafe er verbüßt hat. Demnächst nach Posen zurückgekehrt, ist er wiederum verhaftet und unter Anklage gestellt. Seine Betheiligung am Aufstande gab er zu, bestritt jedoch, daß derselbe gegen Preußen gerichtet sei. Langiewicz sei überhaupt zu sehr Militär und zu wenig Politiker gewesen, um über die Ziele des Aufstandes bestimmte Pläne gehabt zu haben. Der ausgesprochene Zweck des Aufstandes sei nur die Befreiung der russisch-polnischen Provinzen gewesen. — Der Appellationsgerichts-Referendarius Wladislaw v. Wierzbinski aus Sciborze soll Mitglied des Executiv-Ausschusses gewesen sein und der Kriegsfection vorgestanden haben. Er stellte dies in Abrede.

Kirchliche Nachrichten vom 20. bis 27. März.

St. Marien. Getauft: Schuhmachermstr. Taday Sohn Georg Julius. Diener Steffin Tochter Martha Adolphine. Schneidermstr. Meyer Sohn Carl Rudolph. Buchhalter Magsig Zwillings-Töchter Margaretha Helene Olga u. Catharina Hermine Anna. Ger.-Actuar Sauer Sohn Felix Carl Hermann.

Aufgeboten: Tischlermstr. Aug. Rud. Bartsch mit Igfr. Wilhelmine Johanna Janneck. Tischlermstr. Carl Jul. Aug. Grabowski mit Igfr. Alwine Laura Henriette Koß. Schuhmacher Eduard Ferd. Hartung mit Igfr. Carol. Jacobine Schimanski.

Gestorben: Königl. Bank-Taxator a. D. Theodor Wilhelm v. Ankum, 83 J. 9 M., chronische Blasenleiden. Schneidermstr.-Frau Justine Carol. Jeremie geb. Treptau, 33 J. 5 M., Lungenschwindsucht. Bäckermstr. Kühn todtgeb. Sohn. Wittwe Meyer Sohn Gustav Walter, 20 J. 7 M. 18 T., Abzehrung. Kaufmann v. Frantzius Sohn George August, 24 J. 19 T., Apoplexie. Schuhmachermstr. Taddey Sohn Paul Wilhelm, 1 J. 1 M., Zahnkrämpfe. Reg.-Secretair Seyfert Sohn Emil Bruno Friedrich, 8 M. 18 T., Gehirn-Wassersucht. Verwittw. Commerzien-Räthin Louise Wilhelm. Auguste Pannenberg geb. Zachert, 66 J. 9 M. 24 T., Lungen-Entzündung. Rentier Joh. Gottlieb Bonck, 73 J. 1 M., Schlagfluß.

St. Johann. Getauft: Post-Conducteur Hering Sohn Alphons Eugen Bernhard.

Aufgeboten: Weichensteller Joh. Friedr. Rettig mit Julianne Auguste Amalie Großmann. Feuerwehrmann Philipp Christ. Wiedemann mit Igfr. Emilie Wilh. Janke.

Gestorben: Schiffskapitain Dalitz Tochter Johanna Maria, 19 J. 8 M., Schweißfriesel u. Lungenschlag. Malermstr. Friedr. Aug. Brandt, 40 J. 5 M., unbest. Krankheit. Hr. Rud. Alex. Berger, 43 J., Pocken. Handschuhmachermstr. Eduard Friedr. Könitzer, 51 J. 5 M., Hals-Entzündung. Zimmergef. Adolph Gottl. Fanselau, 16 J. 8 M., Gehirnerschütterung u. Lungenlähmung.

Handel und Gewerbe.

Danzig, 31. März. Seit mehreren Tagen haben wir gelinderes Wetter mit etwas Schnee und Regen. Thermometerstand 2—3° über Null, Wind jetzt wieder Nord-Ost bei dicker Luft. Der Sund liegt noch fest mit Eis bedeckt. Auf der Weichsel hat die Eisdecke an einigen Stellen gerückt. — Die englischen Provinzial-Märkte berichten meistens eine Verbesserung während der vergangenen Woche, und wenn man die gegenwärtig bedungenen Preise mit denen von vor ein Paar Wochen vergleicht, so wird man seit dem niedrigsten Stand die Preiserhöhung von ca. 3 sh. pr. Qrs. bemerken. Grund dazu gab das langsame Abfallen der inländischen Zufuhr auf allen Landmärkten und die im Winter naturgemäß geringeren Ankünfte vom Auslande; überall jedoch macht die Ansicht, daß die Landleute jeden Augenblick wieder willigere Abgeber werden könnten und ferner die Ueberzeugung, daß nach freier Schiffahrt aus der Ostsee die fremden Zufuhren sich stark mehren müssen, Müller wie Consumenten außerordentlich vorsichtig, während Speculanten immer noch sehr wenig am Geschäfte sich betheiligen, sie wollen abwarten, wie die Saaten aus dem Winter herauskommen werden. — Der in englischen Berichten verkündete bessere Begehr erstreckte sich bis jetzt nur auf alten Weizen, man weiß, daß der neue mehr oder weniger zweifelhafter Condition ist und zu frühzeitiger Abladung einer starken Beimischung von überjährigem Weizen bedarf; die englischen Müller, welche nichts vom Darren wissen wollen, machen daraus eine Hauptbedingung, und dies ist denn auch der Grund, weshalb hier bei uns die rein alten Weizen ausnahmsweise und außer Verhältniß theuer bezahlt werden. Man weiß von Preisen, die je nach Qualität und Gewicht bei 130 bis 135pfd. zwischen fl. 440 und fl. 480 variiren, während für die seltensten und feinsten frischen Weizen 185pfd. schwer kaum fl. 450 erreichbar sind; fein hochbunte Sorten 131 bis 133pfd. kann man fl. 410—425 pr. 5100pfd. notiren, die anderen Qualitäten sind seit acht Tagen keiner weiteren Verbesserung theilhaftig geworden. Roggen leichter verkäuflich, Loco-Preise 1 Sgr. theuerer. Auf Termine mehrseitige Nachfrage und April auf fl. 240, Mai fl. 242½, Juni fl. 245 pr. 4910pfd. gehandelt. Sommergetreide und auch Spiritus unverändert, Zufuhr schwach.

Meteorologische Beobachtungen.

30	4	335,80	1,8	ONO. mäßig,	bewölkt.	
31	8	338,38	2,6	Ost	do.	do.
	12	339,26	4,8	Süd	do.	do.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 31. März.

Weizen, 70 Last, 133.34pfd. fl. 460; 126pfd. fl. 400; 125pfd. fl. 390; 129pfd. alt fl. 435 pr. 85pfd.
Roggen, 126.27pfd. fl. 245 pr. 81⅞pfd.
Weiße Erbsen fl. 285 pr. 90pfd.

Course zu Danzig am 31. März.

		Brief	Geld	gem.
London 3 Mt.	tlr.	6.22¾	—	—
Staats-Schuldscheine		91¾	—	—
Westpr. Pf.-Br. 3½%		85	—	—
do. 4%		94¾	—	—
do. 4½%		100¾	—	—
Staats-Anleihe 5%		106⅜	—	—
Staats-Prämien-Anleihe		130	—	130
Pr. Rentenbriefe		98½	—	98½
Danz. Stadt-Obligationen		—	—	95½

Angekommene Fremde.

Englisches Haus:

Die Kaufl. Bell a. Sunderland u. Stein a. Leith. Fabrikbes. Eggert a. Wehlau. Techniker Eggert aus Berlin. Violin-Virtuose Miska Hauser a. Wien. Frl. Schnaase u. Winkelmann a. Neustadt.

Hotel de Berlin:

Die Kaufl. Thronson a. Liverpool, Hertel a. Bremen, Caro, Brühl u. Hopf a. Berlin, Erdmann a. Görlitz u. Kahl a. Radenau.

Walter's Hotel:

Die Rittergutsbes. v. Czarlinski a. Czawarsenow u. Pohl a. Senslau. Rentier Behnke a. Neustadt. Lehrer Schreiber a. Berlin. Die Kaufl. Brauer a. Halberstadt u. Cohn a. Berlin.

Hotel zum Kronprinzen:

Die Kaufl. Stein a. Bütow, Hoffmann a. Magdeburg u. Joachimsohn a. Koliebken. Capitain Zielke aus Cöslin. Fabrikant Seidel a. Berlin. Gutsbes. Hönigen a. Neustadt.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:

Lieut. v. Schierstädt a. Danzig. Kaufl. Kaufmann a. Pr. Stargardt u. Köhler a. Stettin.

Hotel de Thorn:

Die Gutsbes. Borchardt a. Bütow u. Beskow aus Marienwerder. Die Kaufl. Schulz a. Offenbach, Caspari a. Breslau, Junker a. Dortmund, Uhlmann a. Burg, Schönborn a. Frankfurt a. O., Begerow a. Berlin und Böttcher a. Dresden.

Deutsches Haus:

Gutsbesitzer v. Rochow a. Lemerthin. Professor de Graviére a. Paris. Voyageur Gouillon a. Toulon. Architekt Mitzlaff a. Königsberg. Inspektor Bunge aus Lauenburg. Bauführer Grünert a. Culm.

Bekanntmachung.

Der Rest des Bestandes unserer in Folge Auflösung des Kornmesser-Verbandes disponibel gewordenen städtischen Scheffelmaaße und Streichhölzer, bestehend in

6 Stück ganz neuen Scheffeln,
7 „ wenig gebrauchten und noch gut erhaltenen Scheffeln,
19 „ bereits mehr gebrauchten Scheffeln, und
30 „ Streichhölzern

soll im Termin

Sonnabend, den 1. April cr., Vormittags 11 Uhr, auf dem Stadthofe im Turnsaal der Feuerwehr meistbietend gegen baare Bezahlung verkauft werden, und laden wir Kauflustige zu diesem Termine hierdurch ein.

Danzig, den 23. März 1865.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniß des betheiligten Publikums, daß die Communal-Behörden beschlossen haben, die bisher gewährte Erstattung von Stromgeld für solche Bordinge und Lichterfahrzeuge, welche Waaren direct von seewärts eingegangenen Schiffen verladen und in den Binnen-Hafen von Danzig einführen, vom 1. April c. ab, aufzuheben.

Danzig, den 27. März 1865.

Der Magistrat.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.